

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 58.

Mittwoch, 24. Januar.

1883.

Amtsliches.

Berlin, 23. Januar. Der König hat den bisherigen außerordentlichen Professor an der Universität Breslau Dr. Th. Viebig zum ordentlichen Professor der philosophischen Fakultät der Universität Greifswald ernannt.

Der prakt. Arzt Dr. Schlegel ist mit einstweiliger Befassung des Wohnsitzes in Reuthen Oberchl. zum Kreis-Wundarzt des Kreises Tarnowitz ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

Berlin, 23. Januar. Am Tische des Bundesraths v. Kameke, v. Stolz, v. Schelling, Scholz.

Präsident v. Leschke eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Bei der Pos. „Instandhaltung des Waffenmaterials der Artillerie 1,265,557 M.“ bringt

Abg. Meibauer die Verschwendung von Patronen bei den Manövern zur Sprache. Bei den meisten Regimentern könnten die vertheilten Patronen nicht verschossen werden; da jedoch die volle Zahl von leeren Hülsen abgeliefert werden müßte, würden nachträglich die übrigen Patronen unnütz verfallen. Das sei in Düsseldorf geschehen, auch bei Potsdam könne man Abtheilungen des Garde-Infanterie-Regiments alljährlich bei ähnlicher Beschäftigung antreffen. Die Militärverwaltung scheine noch nicht ganz aus der Militärdiktatur heraus zu sein; man solle doch nicht vergessen, daß diese Patronen aus den Steuern des Volkes gewickelt seien.

Generalleutnant Verdi du Vernois erklärt, daß die angeführten Fälle untersucht seien; es sei aber konstatiert worden, daß sachgemäße Uebungen hier in Grunde gelegen haben.

Abg. Meibauer vermißt in der Antwort das nähere Eingehen auf die angeführten Fälle, bei dem ersten seien jedem Soldaten statt 5 35 Patronen gegeben worden.

General Verdi du Vernois erwidert, daß bei den Uebungen von 14 Mann nur 40 Patronen verschossen seien, daß also die dem Abg. Meibauer gewordenen Mittheilungen unrichtig seien. Auch in Potsdam habe jeder Soldat nur fünf bis sechs Patronen verschossen.

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß man auf diese Fälle hier eingegangen sei, weil sie aus zuverlässigster Quelle stammten. Es liege ebenso im Interesse der Volksvertretung, wie der obersten Militärbehörde, daß solche Vorkommnisse aufgeklärt werden.

Abg. Freier v. Minnigerode beklagt es, daß die Debatte durch solche Detailfragen hingehalten werde. Die Fortschrittspartei glaube doch nicht etwa, in geeigneter Form das Kriegsministerium erlegen zu können.

Abg. Richter: Diese ebenso inhaltslose wie überflüssige Bemerkung macht auf mich gar keinen Eindruck.

Abgeordneter Freier v. Minnigerode verbittet sich den Ton, den Herr Richter anschlägt, ein für allemal.

Abg. Richter: Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es auch heraus. (Weiterkeit.)

Abg. v. Minnigerode: Der Abgeordnete Richter scheint bei der Fortschrittspartei den Wald vor Bäumen nicht mehr zu sehen. (Oh! links.)

Die Position wird darauf bewilligt.

Bei Kap. 43 (Verschiedene Ausgaben 4572 Mark) kommt Abg. Richter (Hagen) wieder auf den Fall zurück, wo in der Hainhaide ein durch die Militärverwaltung beschäftigter Arbeiter von einem Posten erschossen worden ist. Die hinterlassene Witwe sei nach den neuesten Nachrichten mit einer einmaligen Zahlung von 300 Mark abgefunden worden. Das entspreche doch durchaus nicht dem Recht und der Billigkeit, wie der Kriegsminister gestern behauptet habe und auch nicht den Intentionen der kaiserlichen Hofkammer und den Verpflichtungen, welche besonders der Reichskanzler wiederholt dem „christlichen“ Staat vin-

digirt habe.

Kriegsminister v. Kameke erklärt, daß nach Lage der Gesetzgebung der Frau nur eine Unterstützung auf ein Jahr gewährt werden konnte, daß aber bereits die einleitenden Schritte geschehen seien, um ihr auch weitere Unterstützungen zukommen zu lassen.

Abg. v. Malzahn tritt für das Verfahren des Kriegsministeriums ein; dasselbe konnte nach Lage der Gesetzgebung nicht anders handeln.

Abg. Richter spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die konservative Partei jetzt eine solche konstitutionelle Zartheit an den Tag lege. Man müsse der armen Frau wenigstens die Eröffnung machen, daß sie noch Aussicht auf weitere Unterstützungen habe.

Abg. v. Kardorff: Abg. Richter will wahrlich den Eindruck hervorbringen, als ob in Folge seiner Intervention der Frau später Unterstützungen gewährt werden würden, das ist eine Heuchelei, der wir entgegen treten müssen. (Große Unruhe links.)

Der Präsident rügt den Ausdruck „Heuchelei“ in Anwendung auf einen Abgeordneten als unparlamentarisch.

Darauf wird die Position und der Rest des Etats der Heeresverwaltung ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der kaiserlichen Marine.

Die Budgetkommission beantragt verschiedene Streichungen, bei den „Seezulagen“, „Zooten- und Hafengeldern“, bei der Position für Instandhaltung und Reparatur der Schiffe und bei der Naturalverpflegung. Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Bei Kap. 60, Werftbetrieb, erhebt

Abg. Bloß (Sozialdemokrat): Beschwerde gegen die Werkverwaltung, welche die Arbeiter zwingt, gleichzeitig in mehrere Kräfte einzutreten, welche die politisch unbequemen Arbeiter maßregeln, und die durch den geringen Lohnanlaß in ihren Werkstätten zeige, wie wenig es ihr mit der Sorge für die Arbeiter Ernst sei. Die Regierung solle sich deshalb nicht wundern, wenn sie bei den Arbeitern so wenig Interesse für ihre soziale Reform finde.

Chef der Admiralität v. Stolz erklärt, daß die Bestimmungen und Maßregeln der Werkverwaltung sämtlich auf dem Boden des Rechts stehen.

Bei Kap. 60, Tit. 16 beantragt die Kommission die Position von 1,000,000 Mark als erste Rate zum Bau eines Panzerfahrzeugs als Ersatz für das Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert“ zu streichen.

Der Referent Abg. Richter führt aus, die Kommission erkenne an, daß der jetzige Chef der Admiralität die Aufgabe der Flottenaus-

rüstung unter voller Berücksichtigung der finanziellen Lage des Reichs erfülle. Die Kommission hält auch eine deutsche Flotte zum Schutze der deutschen Interessen für nothwendig, glaubt aber, daß mit dem Schiffsbau die nöthige Vermehrung des Personals nicht Schritt halten kann. Weil deshalb in langsamem Tempo vorgegangen werden muß, empfiehlt sie, ohne für die Bewilligung in den nächsten Jahren ein Präjudiz schaffen zu wollen, die Ablehnung dieser Position.

Der Posten wird darauf gestrichen. Die übrigen Titel des Marine-etats werden ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichsjustizverwaltung. Bei Tit. I der Ausgaben (Staatssekretär 24,000 M.) fragt

Abg. Payer (Volkspartei) nach dem Schicksal der Reform des Gerichtskostengesetzes, ebenso wünscht er zu wissen, wie weit die Arbeiten der Kommission für die Militärstrafprozessordnung gekommen seien.

Staatssekretär v. Schelling erwidert, daß eine Revision der finanziellen Ergebnisse des Gerichtskostengesetzes angeordnet, indeß noch nicht zum Abschluß gelangt sei. Die Novelle zum Gerichtskostenge-
setze schaffe schon in vielen Fällen Abhilfe. In kurzer Zeit werden die Ge-
hebungen für das Jahr 1882 vorliegen; dann würde man an diese
Frage weiter herangehen. In Betreff der Militärstrafprozessordnung
schwebten die Beratungen noch, er könne also nichts Bestimmtes dar-
über mittheilen.

Abg. v. Ludwig findet, daß die neue Justizgesetzgebung an dem
Fehler aller neuen Gesetze leidet, daß sie nämlich nur für den Reichen
sorge, während die Armen unberücksichtigt blieben. Sehr bedauerlich sei
auch der Anwaltszwang, wenn er auch das Geschäft den Anwältern
sehr erleichtern möge.

Abg. Payer bedauert, daß die Herstellung der Militärstrafprozess-
ordnung verzögert würde, die im ganzen Reiche als ein Bedürfnis em-
pfunden werde. Bei der Revision des Gerichtskostengesetzes solle man
nicht nur die finanzielle Seite betonen, sondern auch, wofür sich der
Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, die materielle Seite der Re-
form in den Vordergrund stellen.

Abg. Dr. Perrot wünscht, daß das Reichsjustizamt eine Ueber-
sicht über die Justizpflege der Bundesstaaten herausgibt, aus der die
Höhe der Kosten, Anzahl der angestellten Richter, der Verhafteten, der
Gefangenen, der einzelnen Arten von Prozessen u. s. w. zu ersehen ist.
Ferner fragt Redner, wie es mit der in Aussicht gestellten Novelle zum
Allgemeinen Gerichts-Gesetz stehe.

Staatssekretär v. Schelling erwidert, daß zur Erhebung einer
Statistik über die Justizpflege bereits Vorbereitungen getroffen seien.
Der Entwurf der Novelle zum Allgemeinen Gerichts-Gesetz habe noch nicht alle erfor-
derlichen Stadien durchlaufen.

Der Etat des Reichsjustizamts wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsgerichts. Bei Tit. I (Präsident
25,000 Mark) kommt Abg. v. Vollmar auf den im vorigen Jahr
verhandelten Hochverrathsprozess gegen die Sozialisten zu sprechen und
bezeichnet dabei eine Reihe von Vorgängen als „juristisch verwerflich“.

Besonders beschwert sich der Redner über den Landgerichtsrath Holl-
mann und den Polizeirath Rumpf und auch darüber, daß die Ange-
klagten zu Zuchthaus verurtheilt worden sind, da doch politische Ver-
brecher nicht ehelos seien; durch diese Verurtheilungen zu Zuchthaus-
strafen würden die Leute in den Augen der Sozialdemokraten keines-
wegs ehelos werden. Schließlich bemerkt der Abg., daß solche Verur-
theilungen die jetzige Gesellschaftsordnung nicht retten würden, so
wenig sie die Regierung Louis Philipps und Napoleons zu halten
vermocht haben. (Vizepräsident Freier v. Frankenstein unter-
bricht den Redner, da er sich von der Sache entfernt habe.)

Abg. Dr. Windthorst: In juristischen Kreisen ist man allgemein
der Ansicht, daß das Reichsgericht und besonders die drei Strafsenate
sehr überbürdet sind. Das geht auch aus dem massenhaften unerlebig-
ten Material hervor. Da nun eine gründliche und sachgemäße Erledi-
gung der Geschäfte besonders am Reichsgericht im Interesse des Staates
und der Einzelnen dringend nothwendig ist, so würde ich keinen An-
stand nehmen, noch weitere Mittel für das Reichsgericht zu bewilligen.
Aus dem Hause heraus kann nur schwer in dieser Richtung vorgegan-
gen werden. Ich bitte deshalb den Herrn Staatssekretär, uns zu
sagen, wie es mit der Geschäftslage des Reichsgerichts und der drei
Senate steht, und ob ihm amtlich bekannt ist, daß lebhaft über die
Ueberbürdung geklagt und um Abhilfe gebeten wird.

Staatssekretär v. Schelling: Daß die Besetzung des Reichsge-
richts mit Räten keine opulente ist, hat die Regierung selbst anerkannt,
indem sie eine neue Rathsstelle in den Etat eingestellt hat. Wenn aber
über Rückstände geklagt wird, so muß ich dem entgegen treten. Die Zahl
der beim Schluß des Jahres zurückbleibenden Sachen ist in fortwäh-
render Abnahme. Dieser erfreuliche Erfolg ist freilich nur der anstren-
genden Thätigkeit der Mitglieder, vor allem der Strafsenate zu verban-
ken. Daß diese Mitglieder vorzugsweise belastet seien, war früher nicht
zu meiner Kenntniß gekommen, und aus dem Geschäftsberichte des Prä-
sidenten konnte ich das auch nicht entnehmen. Erst später, als der Etat
schon aufgestellt war, haben die Mitglieder des Strafsenats Klage
über ihre Ueberbürdung erhoben. Ich habe sofort das Sachverhältnis
prüfen lassen und die Ueberzeugung gewonnen, daß die dreißigwän-
gigen Mitglieder des Strafsenats, namentlich in Anbetracht der Gesundheits-
verhältnisse einiger von ihnen, nicht in der Lage sind, die Geschäfte
allein zu bewältigen. Vielleicht kann nun die Klage durch eine etwas
pessimistische Anschauung hervorgerufen sein: allein es muß etwas ge-
schehen. Einen Nachtragsetat habe ich nun nicht aufgestellt, weil ich
glaube, erst die Geschäftsübersicht für das Jahr 1882 abwarten zu
sollen. — Die beim Reichsgericht im Jahre 1881 eingegangenen Straf-
sachen belaufen sich auf 3332, im Jahre 1882 auf 3309, die Zivilsachen
betrugen im Jahre 1881 2523, im Jahre 1882 2124. Ich glaube nun,
daß es wohl angemessen ist, der bei dem Strafsenate hervorgetretenen
Ueberbürdung durch Ueberweisung von Kräften aus dem Zivilsenate
abzuhelfen. Auch soll vom 1. April dieses Jahres ab die Zahl der
Räte um einen vermehrt werden. Meines Erachtens ist eine zweite
neue Rathsstelle wenigstens ausnahmsweise nothwendig. Dann aber
stehe ich dafür ein, daß alle Geschäfte ohne Ueberbürdung der Einzel-
nen erledigt werden. Wenn man weitere Anordnungen vornehmen will,
wird man jedenfalls gut thun, erst den Geschäftsbericht des laufenden
Jahres abzuwarten.

Abg. Dr. Braun glaubt, daß durchaus ein vierter Strafsenat
eingerichtet werden muß, da gegenwärtig entschieden eine Ueberbürdung
der Richter vorliegt. Das Reichsgericht habe eine weit schwierigere
Arbeit zu bewältigen, als das frühere preussische Obertribunal, da das
Reichsgericht mit einem neuen Strafprozess und mit einem neuen Straf-
gesetz zu thun und sich eine Praxis noch nicht herausgebildet habe. —

Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abgeordneten
von Vollmar, welche er als durchaus unrichtig bezeichnet, indem er
durch Vorlesung von Aktenstücken bemüht ist, seine Behauptung zu er-
härten. Das sei freilich zugegeben, daß die Spionage durch den Unter-
suchungsrichter in nicht zu rechtfertigender Weise zugelassen worden sei.
Schließlich weist Redner die Vorwürfe, welche gegen das frühere preussische
Obertribunal wiederholt erhoben worden seien, als durchaus unbe-
gründet zurück; das Obertribunal sei ein vorzüglicher Gerichtshof ge-
wesen, einen besseren habe das deutsche Reich niemals gehabt und werde
es auch in Zukunft niemals haben.

Abg. Dr. Marquardien ist ebenfalls der Ansicht, daß die
richterlichen Kräfte des Reichsgerichts nicht überbürdet werden dürfen,
da sonst leicht die Raschheit der Abwicklung der richterlichen Geschäfte
leiden könnte. Es sei also wünschenswert, die Strafsenate am Reichs-
gericht noch um einen zu vermehren.

Das Ordinarium des Etats des Reichsgerichts wird darauf be-
willigt.

Es folgt der Etat des Reichsfinanzamts. Bei der Position
„zur Prägung und Unterhaltung des Münzumlauks 100,000 Mark“
bittet

Abg. Dr. Bamberger, der zu Köln auf der Münzkonferenz
angefündigte Antrag auf Abänderung des deutschen Münzgesetzes möge
noch vor der Vertagung des Hauses, die Mitte Februar stattfinden soll,
eingetragen werden. Die Welt, die mit Deutschland verkehre, dürften
wir nicht länger in Ungewissheit darüber lassen, ob unser heutiges
Münzsystem festgehalten wird, oder nicht, zumal die Ansicht verbreitet
sei, daß der etwas geräuschvoll angekündigte Antrag in einer Weise
verzögert werden soll, daß er in dieser Session gar nicht mehr zur Be-
rathung kommt.

Abg. v. Kardorff erklärt, daß der angekündigte Antrag bald
dieselbe im Hause eingebracht werden soll.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Präsident v. Leschke theilt mit, daß er durch ein Schreiben des Ober-
zeremonienmeisters benachrichtigt sei, daß morgen, Mittwoch, Nachmit-
tags 3 Uhr, die feierliche Einsegnung der kaiserlichen Hülle Sr. kaiser-
lichen Hoheit des Prinzen Karl im Dom stattfinden soll, und daß der
Reichstag eingeladen ist, durch eine Deputation von 20 Mitgliedern
sich an der Feier zu betheiligen.

Nach dem Vorschlage des Präsidenten, wird sich die Deputation
konstituiren aus dem Präsidium, den Schriftführern, Quästoren und
Abtheilungsvorsitzenden.

Ueber die Frage der Tagesordnung für die nächste Sitzung ent-
spricht sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, bei der die Abg. Stephan
und Richter (Hagen) dafür eintreten, den Schmerinstag, der morgen
ausfällt, auf Donnerstag zu legen, während die Abg. Dr. Windthorst
und v. Minnigerode die Staatsberatungen gefördert sehen wollen. Da
eine Abstimmung durch Erheben von den Händen unentschieden bleibt,
wird durch „Stimmensprung“ mit 108 gegen 97 Stimmen entschieden,
daß die Staatsberatungen fortgesetzt werden sollen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Inter-
pellation Schulze-Delitzsch wegen der Ausführungsordnung zu den
Bestimmungen der internationalen Neblaus-Konvention; Staatsbe-
rathung. Schluß nach 5 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. Januar. [Zuckersteuer.] Die halbhohe Melbung,
daß innerhalb der Reichsregierung betreffs der Reform der
Zuckersteuer nur eine Herabsetzung der Ausfuhr-Bonifi-
kation, nicht außerdem auch, wie der Antrag Ausfeld fordert,
eine besondere Besteuerung der Melasse beabsichtigt werde, ent-
spricht dem, was bereits vor 14 Tagen an dieser Stelle bemerkt
wurde. Es muß hinzugefügt werden, daß auch unter uninter-
essirten Beurtheilern der Frage sich die Meinung geltend ver-
schafft, daß die besondere Besteuerung der Melasse auf einen
Fehlweg führen würde. Es ist zunächst nicht zu bestreiten, daß
dieselbe bei Beibehaltung des jetzigen Besteuerungssystems infor-
sequent wäre. Dasselbe beruht bekanntlich auf der Besteuerung
des Rohmaterials, der Rüben, nach der Quantität; die Melasse
aber ist nichts Anderes, als ein Rückstand, welcher sich ergibt,
nachdem aus diesen Rüben Zucker gewonnen worden,
das heißt die Melasse ist ein Theil des bereits
besteuerten Rohmaterials. Allerdings hat man bei der
letzten Normierung der Rübensteuer im Jahre 1869 noch nicht
genuß, eine wie beträchtliche Menge Zucker sich aus diesem
Rückstand durch weitere Fabrikations-Prozesse herstellen läßt;
aber konsequenter Weise scheint dieser inzwischen bewirkte Fort-
schritt der Industrie nur eine andere Abmessung des Steuer-
resp. des Ausfuhr-Vergütungssatzes zu bedingen, nicht eine be-
sondere Melassesteuer. Gegen eine solche spricht auch der bereits
früher hervorgehobene Umstand, daß es Fabrikationsmethoden
gibt, welche das gesonderte Erscheinen der Melasse erheblich ein-
schränken und doch die nämliche Zuckergewinnung ermöglichen;
dieselben würden natürlich in Folge einer besonderen
Melassesteuer sofort umfangreicher angewendet werden. Es
erscheint danach allerdings sowohl konsequenter, als im
Interesse des Fiskus praktischer, so lange überhaupt die
Besteuerung des Roh-Materials beibehalten wird, den
Steuerfuß in dem Maße zu erhöhen, resp. die Export-Bonifikation
in dem Maße herabzusetzen, daß dadurch der Vortheil kompensirt
wird, welcher dem Fiskus gegenüber, entgegen der Absicht des
Gesetzes von 1869, den Zuckerfabrikanten durch die Melasse-
Entzuckerungsverfahren der neuesten Zeit erwachsen ist. Das
scheint nun aber freilich die Absicht der Regierung nicht zu sein;
von einer Erhöhung des Steuerfußes — der mit Rücksicht auf
den heimischen Konsum ja auch angefochten werden könnte — ist

gar keine Rede, und die Herabsetzung der Ausfuhr-Bergütung scheint in der That auf den minimalen Betrag von 40 Pf. beschränkt werden zu sollen, welchen sogar die Denkschrift des Rübenzuckerfabrikanten-Vereins konzediert hat; das wäre freilich bei gleichzeitiger Ignorierung der durch die Melasse-Entzuckerung herbeigeführten Veränderungen höchst unzulänglich. Für einen baldigen Uebergang zur Fabriksteuer, die allerdings alle diese Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigen würde, scheint auch im Reichstage nur wenig Stimmung vorhanden zu sein; man scheut Angesichts der Unheils-Prophezeiungen der Fabrikanten die Verantwortlichkeit für eine solche Maßregel; über eine Resolution, welche eine neue Enquete betreffs der Durchführbarkeit der Fabriksteuer fordert, dürfte man nicht hinauskommen. — Es ist interessant, daß das konservative „Deutsche Tageblatt“ bereits heute Vorschläge zur Rettung der prozentualen Börsensteuer im Sinne dessen macht, was wir gestern über die Absichten im konservativen Lager berichteten: diese Besteuerung soll danach auf die Umsätze in Fondsgeschäften beschränkt, und es sollen — um die Arbitrage zu schonen — auch davon die Umsätze in Wechseln und Kontanten ausgenommen werden. Ob dieser Vorschlag Chancen hat, ist natürlich eine Frage für sich.

S. Berlin, 23. Januar. Die Leiche Se. königl. Hoheit des Prinzen Karl von Preußen ruht seit Dienstag Mittag im Weißen Saal in der oberen Etage des Palais am Wilhelmplatz, und zwar an derselben Stelle, an welcher vor sechs Jahren auch der Sarg mit der Leiche der Prinzessin Marie, Gemahlin des Prinzen Karl, gestanden hat. Nachdem im Laufe des Vormittags die Leiche, angethan mit der Garde-Artillerie-Uniform, diese mit den Abzeichen eines General-Feldzeugmeisters, in den Sarg gebettet war, fand Nachmittags 1 1/2 Uhr im Sterbegemach die Requisition statt, bei welcher der Hausminister Graf Schleinitz, der Justizminister Dr. Friedberg und der prinzipale Hofmarschall Graf Dönhoff gegenwärtig waren. Demnach erfolgte die Verlobung des Sarges und Einsetzung in den Sarg. Gleich nach der Verschließung wurde dieser durch acht Kammerdiener, Leibjäger u. s. w. vom Sterbegemach nach dem Saal getragen und in den schwarz-sammetnen, reich mit Gold verzierten Paradesarg gesetzt, auf dessen beiden Deckelplatten das Johanniterkreuz sichtbar war. Auf dem Kopfende des Deckels prangte die goldene Krone. Der ganze Raum war in eine Trauerkapelle umgeschaffen und schwarz drapirt. An der langen Fensterseite zog sich ein wahrer Wald der edelsten und prächtigsten Palmen entlang, aus deren Mitte der auf einer Granitsäule stehende Engel, gleichsam als Symbol des Friedens auf den unter ihm ruhenden hohen Todten herabblitzte. Die Rückwand des Saales und die Nischen waren entsprechend decorirt. Vier mächtige vielarmige Randelaber ergossen ihr Licht auf den Katafalk. Zu Füßen des Sarges lagen auf zwei Brokattkissen die beiden höchsten Orden des Verstorbenen, die Insignien des Hofen Ordens vom Schwarzen Adler und des Johanniterordens ausgebreitet. Die Fülle und Pracht der Kränze, Palmenzweige und Kreuze, die den Sarg bedeckten, spottet aller Beschreibung. Unter den herrlichen Widmungskränzen nennen wir einen Palmenzweig, dessen Atlaschleifen die Worte tragen: „Ihren Chef dem General-Feldzeugmeister Prinzen Karl von Preußen R. G. Die preussische Artillerie“, und einen Kranz vom kaiserl. königl. österreichischen Dragoner-Regiment Nr. 8, dessen Erster Inhaber der Verstorbene war. Die Ehrenwache am Eingange des Saales hielten zwei Sergeanten vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment mit gezogenem Säbel, während im oberen Treppenvestibül zwei Kongardisten in ihren historischen Uniformen mit Gewehr bei Fuß paradirten. Gegen 8 Uhr erfolgte die Anfahrt des Hofes und der fremden Fürstlichkeiten, empfangen vom Oberstkämmerer Grafen Redern, Oberhofmarschall Grafen Pückler, Hausminister Grafen Schleinitz, Hofmarschall Grafen Dönhoff, den Adjutanten des verstorbenen Prinzen und Kammerherren, und in den Gartenjaal geleitet, wo die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers erwartet wurde. Sobald Allerhöchstderselbe erschienen war, setzte sich der Zug unter Vortritt des Hofmarschalls, der Kaiser die Großherzogin-Mutter führend, die krongrößlichen Herrschaften, die fremden Fürstlichkeiten, Großfürst Nicolaus von Rußland, Herzog und Herzogin von Edinburgh, die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, Großherzog und Großherzogin von Baden, Großherzog von Mecklenburg, Großherzog von Oldenburg mit Gemahlin, Prinz August von Württemberg u. s. w. folgend über die goldene Treppe nach dem Paradesaal in Bewegung, wo sie in einem Halbkreis vor dem Katafalk auf Sesseln Platz nahmen. Ihre Majestät die Kaiserin wohnte der Trauerfeier, in ihrem Tragseßel sitzend, in einer für sie neben dem Sarge hergerichteten Loge bei. Der Kaiser erschien in großer Paradeuniform mit den Abzeichen tieffter Trauer, florumbüßtem Helm, Schärpe, Portepée, und mit Flor um den linken Arm, ebenso die übrigen Leidtragenden; die Kaiserin und Prinzessinnen in tiefstem Schwarz mit Pleureusen. Tiefste Stille herrschte im Trauergemach, als der Domchor unter Leitung des Prof. v. Herghberg den Choralgesang: „Selig sind die Todten“ anstimmte. Als die letzten Klänge verhallt waren, trat Oberhofprediger D. Kögel an den Sarg heran, und hielt in tiefergreifenden Worten die Gedächtnisrede. Mit dem Biede: „Was Gott thut, das ist wohlgethan“ schloß die erhebende Trauerfeier.

— Wie man aus aus Berlin schreibt, beabsichtigt die Militär-Verwaltung eine Verlegung der Kriegsschule Erfurt in ein in Glogau zu errichtendes Etablissement. Da ein Neubau in Folge des bedenklichen baulichen Zustandes der bisherigen Kriegsschule nöthig ist, soll derselbe nicht in ersterer Stadt, sondern in letzterer erfolgen, weil Erfurt durch das Eingehen als Festung nicht mehr die entsprechenden Hilfsmittel für den Anschauungs-Unterricht in der Fortifikation bietet. Das neue Gebäude soll in Glogau auf fiskalischem durch Erweiterung der Stadtbefestigung disponibel gewordenen Terrain aufgeführt werden. — Wie der Staatssekretär des Reichs-Postamts bekannt macht, hat die mit dem Postdampfschiffe „Cimbria“ am 17.

b. Mts. von Hamburg abgegangene Post für die Vereinigten Staaten von Amerika, bestehend aus 30 Briefsäcken und 28 Zeitungssäcken, bei dem am 19. d. M., erfolgten Untergange des genannten Schiffes nicht gerettet werden können und ist als verloren zu betrachten.

Telegraphische Nachrichten.

München, 23. Januar. Prinz Arnulph begiebt sich heute Abend im Auftrage des Königs zu den Leichenfeierlichkeiten nach Berlin.

Dresden, 23. Januar. Im Auftrage des Königs wird sich der Generaladjutant, Generalleutnant v. Carlowitz, zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Berlin begeben.

Wien, 22. Januar. Der Sprachenausschuß des Reichsraths hat den Antrag Wurmbrand betreffend die Regelung des Gebrauchs der landesüblichen Sprachen unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatsprache abgelehnt. Der Ausschuss beschloß, beim Plenum den Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen und wählte Madeyski zum Berichterstatter. Vom Ministerpräsidenten war vorher erklärt worden, daß er seine am 2. April 1881 abgegebene bezügliche Erklärung ihrem ganzen Inhalte nach aufrecht erhalte.

Wien, 23. Januar. Wie das „Fremdenblatt“ erfährt, sollen sich der Erzherzog Karl Ludwig und eine Deputation des österreichischen Dragonerregiments, dessen Inhaber der verewigte Prinz Karl war, zur Leichenfeier nach Berlin begeben.

Pest, 22. Januar. Das Unterhaus nahm bei der Berathung der Petitionen des ungarischen Kuratlerus gegen konfessionslose Schulen und gegen die Einführung der Zivilehe einstimmig den Antrag des Ausschusses an, die Petitionen theils den Fachausschüssen, theils der Regierung zu überweisen.

Pest, 23. Januar. Im Unterhause bekämpfte bei der heute fortgesetzten Berathung der Interpellation des Tapolcaer Wahlbezirktes um Aufhebung der Juden-Emancipation Jokay unter lebhaftem Beifalle des Hauses die Ausführungen der Gegner und trat energisch für die volle Gleichberechtigung der Juden ein. Ministerpräsident Tisza wies auf die nüchterne Auffassung der Majorität der Bevölkerung hin, sowie darauf, daß seit der Emancipation hinsichtlich der gesellschaftlichen Verschmelzung der Juden Vieles geschehen sei. Der Antisemitismus werde in gesellschaftlichen Wege zur Austragung gelangen; nur wenn die Gesellschaft sich hierzu als unzulänglich erweise, würden außerordentliche Mittel und Ausnahmegesetze erforderlich werden. Die ungarische Gesellschaft werde hoffentlich die Regierung nicht hierzu zwingen. Die weitere Debatte wurde schließlich auf Sonnabend vertagt.

Kopenhagen, 22. Januar. Der König ersuchte heute den deutschen Gesandten von Philipsborn, Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm sein tiefstes Beileid anlässlich des Ablebens des Prinzen Karl zu übermitteln.

Paris, 22. Januar. Die Kaiserin Eugenie, welche Morgens in Palais gelandet war, ist Abends hier eingetroffen. — Gerichtsweise verurtheilt, der Senat würde als oberster Gerichtshof konstituiert werden zur Aburtheilung des Prinzen Napoleon. — Die dem Appel au peuple angehörnden Deputirten haben beschlossen, drei aus ihrer Mitte sollten ihre Mandate niederlegen, alsdann solle der Prinz Napoleon als Kandidat aufgestellt werden, möge derselbe freigesprochen oder ausgewiesen werden.

Paris, 23. Januar. Bei der heute in den Bureaux stattgehabten Wahl einer Kommission für die Vorberathung des Gesetzentwurfes über die Maßregeln gegen die Thronprätendenten wurden 4 Mitglieder gewählt, welche den Vorlagen der Regierung mit gewissen Einschränkungen zustimmten; 6 Mitglieder sind für den Antrag Floquet (Ausweisung sämtlicher Mitglieder ehemaliger Regentenfamilien Frankreichs) ein Mitglied für den Antrag Ballue (Entfernung der Prinzen von Orleans aus der Armee). Von den bei der Wahl der Kommission abgegebenen Stimmen fielen etwa 80 auf Mitglieder, welche im Ganzen für die Regierungsvorlagen sind, und 122 auf Anhänger des Antrags Floquet.

Paris, 23. Januar. Heute Vormittag fand unter dem Vorfige des Konseilspräsidenten Duclerc ein Ministerrath statt, später traten die Minister unter dem Vorfig des Präsidenten Grévy im Palais Elysée nochmals zu einer Berathung zusammen. — Den heutigen Berathungen der Bureaux der Deputirtenkammer wohnte kein Minister bei. — Die Gerüchte von einer Demission des Kabinetts erhalten sich. — Der Maler Gustav Doré ist gestorben.

Paris, 23. Januar. Die Gerüchte von einer Ministerkrisis bestätigen sich der „Agence Havas“ zufolge nicht. Der Ministerrath hat beschlossen, morgen in der heute gewählten Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes über Maßnahmen gegen die Thronprätendenten Erklärungen abzugeben. Morgen findet wiederum ein Ministerrath statt.

Brüssel, 22. Januar. Wegen des Todes des Prinzen Karl von Preußen legte der Hof bis zum 31. d. M. Trauer an.

Madrid, 22. Januar. Im Kongreß der Deputirten erklärte der Finanzminister auf ein an ihn gerichtete Anfrage, er habe die sofortige Einlösung der Coupons der dreiprozentigen konsolidirten Schuld, welche bei den spanischen Finanzkommissionen für das Ausland präsentirt werden würden, angeordnet.

Madrid, 22. Januar. Der „Correspondencia“ zufolge wird der Finanzminister Pelayo Cuesta hinsichtlich der Behandlung der Frage der Handelsverträge seinem Vorgänger folgen.

Rom, 22. Januar. Der König hat dem Kaiser Wilhelm aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Karl von Preußen sein herzlichstes Beileid telegraphisch ausgesprochen.

Rom, 22. Januar. Vor dem Zuchtpolizeigerichte begann heute die Verhandlung gegen Valeriani, welcher am 28. v. M. gegen den Wagen des österreichisch-ungarischen Botschafters beim

päpstlichen Stuhle einen Stein geworfen hatte. Es wurden mehrere Zeugen vernommen. Der Verhandlung, welche morgen fortgesetzt wird, wohnte weder der Botschafter, noch auch ein anderes Mitglied der Botschaft bei. Der Angeklagte behauptete, daß er den ersten besten Stein, den er gefunden, gegen den ihm entgegenkommenden Wagen geworfen, daß er aus Noth und Glend gehandelt und nicht gewußt habe, daß der Wagen, gegen den er den Stein geworfen, dem österreichisch-ungarischen Botschafter gehöre. Durch acht Zeugen wurde bestätigt, daß das Vorleben des Angeklagten ein tadelloses sei. Vom Gericht wurde, der Einwendungen der Vertheidigung ungeachtet, beschlossen, die Mitglieder des österreichischen Botschaftspersonals zur persönlichen Vernehmung nicht vorzuladen, vielmehr nur die vor dem Untersuchungsrichter im Botschaftspalais erstatteten Aussagen derselben zur Verlesung zu bringen.

Venedig, 22. Januar. Der russische Minister v. Giers beabsichtigt, seine Reise nach Wien morgen fortzusetzen.

Petersburg, 23. Januar. Anlässlich des Ablebens des Prinzen Karl von Preußen ist eine zehntägige Hoftrauer angeordnet.

Belgrad, 23. Januar. Nach Annahme des französisch-serbischen Handelsvertrags wurde die Skupstschina mit einer Thronrede geschlossen, in welcher die patriotische Hingebung der Skupstschina hervorgehoben wird. Durch diese sei der Abschluß der Handelsverträge und Konfultarkonventionen mit allen Großmächten, Reformen in allen Verwaltungszweigen, die Gründung einer Nationalbank, die Hebung des Landeskredits und die Reorganisation des Heeres ermöglicht. Der König sprach schließlich der Skupstschina seinen Dank aus für ihre mühevollen Pflichterfüllung. Der Feierlichkeit wohnten die Minister, die Mitglieder des diplomatischen Korps, Senatoren und andere Würdenträger bei. Der König wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaften Ziviosrufen empfangen.

Kairo, 22. Januar. Der Rhedive hat dem früheren französischen Kontrolleur Brédis den Medschidieorden erster Klasse verliehen.

Berlin, 24. Januar. Die Trauerfeier für den Prinzen Karl fand gestern Abend um 8 Uhr im Marmorsaal des Palais statt. Anwesend waren der Kaiser und die Kaiserin, das Kronprinzenpaar, die Prinzen und die Prinzessinnen des königlichen Hauses und die fremden Fürstlichkeiten. Hofprediger Kögel hielt die Gedächtnisrede; der Domchor sang. Stabs-offiziere der Gardeartillerie hielten an der im Paradesarge des Königshauses aufgebahrten Leiche Ehrenwache.

Berlin, 24. Januar. Die Ueberführung der Leiche des Prinzen Karl vom Palais nach dem Dome erfolgte gestern Abend um 11 Uhr. Neben dem königlichen, von sechs Rappen gezogenen Leichenwagen ritten auf beiden Seiten die königlichen und prinzipalen Stallmeister; prinzipale Leibjäger und Lakaien gingen nebenher. In Galatschen folgten der Prinz Leopold mit dem Erbgroßherzog von Oldenburg, der Kronprinz, dann die Kavaliere und Damen des Hofstaates, und der Prinz und die Prinzessin Karl. Der Zug ging fast lautlos durch das dichtgedrängte Publikum nach dem Dom, wo er vom Hofprediger Kögel empfangen wurde.

Rom, 24. Januar. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte Valeriani, (welcher den Stein gegen die Equipage des österreichischen Botschafters geschleudert hatte) zu dreijährigem Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre beantragt unter Hinweis auf die Abhängigkeit der That. Der Vertheidiger verlangte Freisprechung, weil kein Artikel des Strafgesetzes auf die That anwendbar sei.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Wien.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 167. kgl. preuss. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)
Berlin, 23. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

30 60 84 112 62 97 (550)	200 8 17 31 66 80 89 349 51 (550)
485 514 57 68 (300) 83 89 91 605 27 702 8 11 21 84 820 47	60 (300) 97 934 41 69 95. 1002 4 57 82 135 60 213 459 95
521 76 626 (3000) 32 (1500) 729 802 34 47 59 71 80 909 61	2070 111 25 255 307 63 76 (300) 416 523 28 41 82 680 97
789 830 56 57 926 (3000) 32 87 (1500) 3021 127 28 69 209	36 46 71 96 (3000) 314 26 439 90 529 (300) 34 39 (1500) 89 631
47 812 22 (550) 52 64 (300) 71 99 949. 4037 47 55 71 102 15	67 215 43 56 66 813 84 (550) 88 410 15 37 522 639 810
(1500) 58 (300) 904 (1500) 11 39 46 53 (300) 89. 5011 174 209	18 69 79 378 437 (550) 49 96 503 600 53 711 63 86 808 49
918 22. 6052 (300) 72 (550) 77 81 100 (3000) 6 39 44 70 89 213	328 61 425 (3000) 49 56 85 (300) 89 551 627 (300) 709 78 79
810 (300) 24 967 (300) 76 82 (550) 96. 7013 64 66 80 107 41	230 (550) 44 60 305 65 453 80 539 40 609 40 734 806 (550)
25 56 69 949 (1500). 8025 76 144 76 217 43 44 63 77 99	(1500) 302 93 96 413 63 553 59 727 (300) 830 35 50 (3000)
63 64 76 (300). 9022 28 189 (1500) 238 332 34 400 64 69 510	58 77 666 90 92 782 (300) 809 92 944 45 (3000) 94.
10073 88 90 (1500) 116 42 79 (3000) 214 56 337 469 85	801 (3000) 50 913 24 61. 11003 18 88 120 (3000) 302 5 49
(3000) 55 64 462 (3000) 96 533 60 610 (300) 36 71 (300) 747 92	807 16 (550) 22 42 54 90 901 3 18 26. 12009 (300) 45 (300) 60
109 (550) 65 90 223 68 (1500) 83 (550) 95 341 (1500) 59 99 459	624 (550) 28 711 83 838 97 (3000) 906 10. 13001 4 151 214
26 305 36 59 93 97 99 504 (550) 20 30 87 94 688 (550) 97 929	52. 14016 103 9 60 76 234 47 82 365 402 48 72 99 506 47
632 806 23 36 919 34 (1500). 15057 206 (6000) 21 26 306 472	554 56 73 618 31 791 801 32 98 (550) 959 68 (300). 16008
40 158 84 247 (300) 67 77 97 331 91 464 547 97 604 99 708	822 918 (300) 22 48 94. 17025 (300) 64 80 148 (3000) 59 73
234 (3000) 431 62 (3000) 536 (300) 682 701 11 914 60 69 57	(550). 18022 138 (300) 53 212 43 81 390 510 52 93 (300) 645
65 711 28 813 21 (300) 72 903 90. 19033 40 128 241 (550)	394 423 84 529 610 784 808 76 (550) 86 916 80.
20007 331 122 (550) 64 200 59 411 24 32 86 (300) 90 515	75 (3000) 734 (300) 46 78 95 (1500) 803 17 924. 21013 14 (300)
49 55 69 102 20 (300) 31 226 48 72 77 65 95 335 84 (300) 413	

Reichs. Anl.	8	116,00	b $\frac{1}{2}$ B	do. Vollg.	6	102,50	b $\frac{1}{2}$ B
Kap. Privath.	5 $\frac{1}{2}$	106,30	b $\frac{1}{2}$ B	Schlef. Robbenn.	5	90,50	b $\frac{1}{2}$ B
Redl. Sup.-Bant	5 $\frac{1}{2}$	91,75	B	do. Lein. Kramfl.	5 $\frac{1}{2}$	102,50	b $\frac{1}{2}$ B
Reininger Kredit	2	92,75	B	Westf. Ln. St. Pr.	6	90,50	b $\frac{1}{2}$ B
do. Sup.-B. 40%	4 $\frac{1}{2}$	91,20	b $\frac{1}{2}$				
Nat.-B. f. D. 50%	7	96,00	b $\frac{1}{2}$ G				
Niederlaus. Bant	4 $\frac{1}{2}$	91,00	B				